

Nachtragshaushalt 2014 (Es gilt das gesprochene Wort)

Ein Nachtragshaushalt ist meist eine ziemlich unspektakulär Angelegenheit. In ihm werden die Haushaltsansätze aktualisiert, man reagiert auf sich verschiebende Ein- und Auszahlungen, passt die Haushaltsstellen bei Investitionen den Maßnahmeständen an und erhöht oder erniedrigt gegebenenfalls die Kreditaufnahme. Im Endergebnis sieht man oft keine großen Verschiebungen.

Schaut man sich den Nachtrag 2014 an, so ist dies hier auch auf den ersten Blick so. Keine gravierenden Änderungen beim Ergebnis- und Finanzhaushalt. Beide mit 2 bzw. 3,5 Millionen Euro im Plus. Ähnlich wie bei der Haushaltsaufstellung 2014. Also nicht nur ausgeglichen sondern mit enormen Überschuss. Ursache? Der Verkauf von Grundstücken an die Firma Haribo.

Die neuen, wenigen Investitionsmaßnahmen führen zu einer Mehrbelastung von gut 160 T €. Kein Problem. Alles nachvollziehbar, wie auch die einzelnen Verschiebungen bei Investitionen und deren Finanzierung. Sei es das Hochwasserrückhaltebecken in Nierendorf, die Sanierung und Erweiterung der Kindergärten in Gelsdorf und Lantershofen, der Ankauf des Winzervereins in Lantershofen, um nur einige zu nennen.

Jetzt könnte man sich an dieser Stelle zurücklehnen, gäbe noch eine kurze Einschätzung zur Gesamtsituation der Gemeinde ab und würde die uneingeschränkte Zustimmung zum Nachtrag signalisieren.

Wäre da nicht die **Erhöhung des Kreditbedarfs** um 4 Millionen Euro. Zum Teil erklärbar durch die zeitliche Verschiebung von eingeplanten Zuschüssen in das kommende Jahr. Entscheidend ist aber die **Kostenexplosion bei der Terrassierung der Haribo-Flächen**. Im Haushalt 2014 mit 5,5 Millionen € eingeplant. Jetzt lautet die Kostenprognose 8,5 Millionen €. Eine Steigerung von 3 Millionen €. Gegenüber der Auftragsvergabe sind es sogar 4,5 Millionen Euro. 112,5 Prozent!

Wir hatten schon bei der Auftragsvergabe Bedenken ob des günstigen Ausschreibungsergebnisses. Nach einer von der SPD initiierten Nachprüfung wurde uns gesagt, dass Alles in Ordnung sei und mit rechten Dingen zugehe. Bei mehrfachen Baubegehungen konnten wir uns dann auch davon überzeugen, dass die beauftragte Firma ordentliche Arbeit macht, der Zeitplan nicht nur eingehalten sondern enorm unterschritten wird. Auftretende Schwierigkeiten wurden in Zusammenarbeit aller Beteiligten gelöst, Belästigungen der Anlieger in vorbildlicher Weise angegangen und auf das Unumgängliche reduziert. Nach Außen eine Musterbaustelle So wurde es nicht nur kommuniziert, sondern so war es und ist es auch. Nochmals herzlichen Dank an die zuständigen Mitarbeiter der Verwaltung. Von dem oben beschrieben Bild ist auch jetzt Nichts zurück zu nehmen.

Dann wurde der Gemeinderat vor 14 Tagen, abrupt und ohne Vorwarnung, mit der dargestellten Kostenexplosion im Rahmen der Vorstellung des Nachtragshaushaltes konfrontiert. Es stellt sich hier die berechnigte Frage, ob dies nicht schon vorher hätte geschehen müssen.

Bei der Kostenberechnung des Ingenieurbüros Becker versicherte man uns ausdrücklich, dass diese konservativ sei und wir damit auf der sicheren Seite wären.

Nach der Ausschreibung hatten wir erfreulicherweise haushaltsmäßig ein Polster von 1,5 Millionen Euro. Dass dies nicht ausreichen wird, hat sich wohl keiner ausgemalt.

Meine Damen und Herren, **seit 14 Tagen versuchen wir zu verstehen**, wie es dazu kommen konnte, welche finanziellen Auswirkungen dies hat, wer hierfür Verantwortung trägt, wer einen möglichen Schaden ersetzt und wie dies bei der Gesamtbeurteilung des Projektes einzuordnen ist?

Die Frage nach den finanziellen Auswirkungen ist am schnellsten beantwortet. Haushaltsmäßig 3 Millionen € über Ansatz. Tatsächliche Mehrkosten von 4 Millionen. Bezahlen muss es der Steuerzahler. Daran können auch finanzielle Verbesserungen bei anderen Positionen bei diesem Projekt nichts ändern.

Wie konnte es dazu kommen?

Statt 7.000 m³ nun 300.000 m³ der Bodenklasse 6. Preislicher Unterschied beim Einheitspreis pro Kubikmeter: Mehr als das Zehnfache. Laufende Nachverhandlungen werden dies nicht mehr gravierend verändern.

Wie konnte es zu der **groben Falschbeurteilung der Bodenverhältnisse** und in der Folge zu einer falschen Ausschreibung mit diesen verheerenden finanziellen Folgen kommen?

Um hier eine fachlich fundierte Aussage zu bekommen wurde das beauftragte Ingenieurbüro Becker aus Heimersheim auf Vorschlag der SPD in den Ausschuss geladen.

Die **Ergebnisse**, wie wir sie verstanden haben:

Auf Grund des Bodengutachtens wäre für das Ingenieurbüro nicht erkennbar gewesen, dass anstatt 7.000 m³ tatsächlich 300.000 m³ felsiger Boden anstanden, obwohl in der Grafschaft diese Art felsige Böden laut GEOportal Rheinland-Pfalz nicht unbedingt als Ausnahme vorzufinden sind. Also die Hälfte des anstehenden Bodens nicht erkannt.

Bedauerlicherweise wären bei der Bodenprobenentnahme nicht flächig Methoden angewandt worden, die zu einem zuverlässigen Ergebnis geführt hätten. Zudem bedeuten 60 Probebohrungen, die vorgenommen wurden, nur 1 Bohrung pro 4.500 m².

Die falsche Ausschreibung der Bodenklassemassen und die daraus resultierende Kostenexplosion resultiert entweder durch die mangelhaften Bodenprobenentnahmen oder die falsche Interpretation der Bodenproben durch das Ingenieurbüro.

Wer trägt die Verantwortung? Das wird zu klären sein.

Meine Damen und Herren, manche hier im Rat mögen dazu neigen, dies Alles als gottgegeben hinzunehmen. Als Begründung dient das **Sowieso-Argument** und demnach ist kein Schaden entstanden.

Das sehen wir anders und werden es auch nicht auf sich beruhen lassen.

Auch wenn die vorbereitenden **Ingenieursarbeiten** unter vertraglich bedingtem Zeitdruck erfolgen mussten, so entbindet es das Ingenieurbüro nicht, die fachlich erforderliche Sorgfalt walten zu lassen und gegebenenfalls die notwendigen aussagekräftigen Untersuchungsmethoden einzufordern und anzusetzen, die ein korrektes Bild des Bodens widerspiegeln, um eine korrekte Ausschreibung zu erarbeiten. Es muss untersucht werden, wer hier Fehler gemacht hat, womöglich fahrlässig, wer verantwortlich ist und wer für einen möglichen Schaden haftet. Die bisher gegebenen Antworten sind nicht zufriedenstellend.

Hierzu muss der gesamte **Prozess aufgearbeitet** werden. Von der Grundlagen-ermittlung über die Kostenberechnung bis hin zu den Ausschreibungsunterlagen, der Auftragsvergabe und den Arbeiten auf der Baustelle inklusive Bautagebücher usw.. Hierfür haben wir von der SPD schon Akteneinsicht beantragt und vom Bürgermeister bewilligt bekommen. Wir sind davon überzeugt und haben es auch schon so erfahren, dass auch Bürgermeister und Verwaltung ebenso wie wir eine lückenlose Aufarbeitung wollen. Dies muss nun in nächster Zeit geschehen. Zu viele Fragen sind offen geblieben. Immer wieder tauchen neue Fragen auf. Neben der unverzichtbaren Aufarbeitung der Fakten muss aus unserer Sicht auch eine rechtliche Würdigung erfolgen, einschließlich möglicher Konsequenzen. Das ist unsere Verpflichtung. Das sind wir dem Steuerzahler schuldig.

Aber um es noch einmal klar zu sagen. Die **SPD steht zu der Hariboansiedlung**. Auch weiterhin.

Ist die Ansiedlung von Haribo trotz der Kostensteigerung wirtschaftlich immer noch ein gutes Projekt für die Grafschaft? Eindeutig ja! Nicht nur weil wir bei der Umsetzung an anderen Stellen voraussehbar Einiges einsparen können.

Wir wollen mit Haribo weiterbauen. Deshalb müssen die Gelder in den Nachtragshaushalt eingestellt werden. Wir werden dem Nachtragshaushalt zustimmen. Nicht nur, weil es bei Haribo weiter gehen muss, sondern auch, weil der Nachtragshaushalt ansonsten keinen Anlass zur Kritik gibt und er folgerichtig die Entwicklung der Gemeinde Grafschaft wiedergibt. Diese ist weiterhin dynamisch und positiv, dies möchten wir betonen, auch wenn leider die notwendige Diskussion und Aufarbeitung der Kostenexplosion bei den Erdarbeiten dies überdeckt.

Mit unserem zustimmenden Votum legitimieren wir den Nachtragshaushalt aber wir ziehen damit keinen Schlussstrich unter die Kostenexplosion bei der Terrassierung.